

AKTUELL

UNTERNEHMEN FÜR LIEFERKETTENGESETZ

Gas geben, statt bremsen

Richard Graf

32 mittelständische Unternehmen fordern ein Gesetz, das die Sorgfaltspflicht auf nationaler Ebene regeln soll.

Ein bisschen hatte OpenLux ihnen die Show gestohlen: Die „Initiative pour le devoir de vigilance“ hatte am Mittwoch zu einer Pressekonferenz geladen, um auch einmal Positives aus der Luxemburger Wirtschaftswelt zu vermelden. Während die Regierung sich schwertut, ein Lieferkettengesetz auf den Instanzenweg zu bringen, und sich vom Unternehmerverband UEL dabei auch noch beständig ausbremsen lässt, gibt es durchaus auch Unternehmer*innen, die sich für eine gesetzliche Regelung auf nationaler Ebene stark machen.

Vor gut zwei Jahren hatte die Initiative die Forderung nach einer nationalen Gesetzgebung gestellt, welche die in Luxemburg tätigen Unternehmen verpflichtet, zu belegen, dass die durch sie vertriebenen Güter und Dienstleistungen nicht mit Verletzungen von Menschenrechten oder Umweltstandards behaftet sind. Diese Sorgfaltspflicht soll sich über die gesamte Produktionskette erstrecken und nicht erst beim Eintritt in den heimischen Wirtschaftsraum gelten.

Den Spieß umdrehen

Die Forderung nach solchen gesetzlichen Regelungen ist nicht neu. Seit den 1970er-Jahren hatte es durchaus wirksame Kampagnen gegeben, in denen Konzerne mit den Auswirkungen ihres Handelns an oft weit von ihrem Betriebssitz entfernten Orten konfrontiert wurden. Aber die Beweislast lag bei den Akteur*innen der Zivilgesellschaft, die oft mühsam und nicht immer gefahrlos Daten, Fakten und Zeugenaussagen zusammentragen mussten. Spätestens wenn es dann zu zeitraubenden und kostspieligen gerichtlichen Verfahren kam, zeigte sich, wie schwer es war, über die Staatsgrenzen hinaus das Fehlverhalten solcher Konzerne zu ahnden.

Ein Lieferkettengesetz dreht hier den Spieß um: Um ein Produkt überhaupt anbieten zu können, müssen die Anbieter*innen im Vorfeld klären, ob alles mit „rechten Dingen“ zugeht.

Was sich in den letzten Jahren geändert hat: Es gibt Betriebe, die von sich aus ihr „fairen“ Verhalten offenle-

gen und proaktiv ihre Kund*innen über Herkunft und Verarbeitungskette ihrer Produkte informieren. Außerdem wurden weltweit Kampagnen, wie die in Luxemburg, lanciert, die entsprechende Gesetze einklagen und die Politik zum Handeln zwingen.

Längst sind es nicht mehr nur militante Organisationen, die auf Missstände verweisen. So lässt die Internationale Arbeitsorganisation ILO – eine Art Tripartite aus Regierungen, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften – Studien erstellen, die auf Zustände hinweisen, von denen man glaubte, sie gehörten der Vergangenheit an: 46 Millionen Erwachsene sind Opfer „moderner“ Sklaverei – wobei das modern vielleicht auf Abwesenheit von Ketten hindeutet, aber eine für die Betroffenen dennoch unerträgliche Situation beschreibt. 150 Millionen Kinder werden weltweit zum Arbeiten angehalten, obwohl die jeweiligen nationalen Gesetze dies verbieten; fast die Hälfte davon sehen sich dabei lebensgefährlichen Bedingungen ausgesetzt – etwa im Untertagebergbau oder auf mit Pestiziden verseuchten Plantagen. Auch die weltweite Zerstörung der Umwelt und die Reduzierung der Artenvielfalt durch Monokulturen und Massentierhaltung – um die Konsumbedürfnisse andernorts zu befriedigen – sind weit hin dokumentiert.

Nachdem die Luxemburger Initiative im Dezember verkünden konnte, dass rund 92% der Bevölkerung sich für ein nationales Gesetz ausspricht, waren es also am Mittwoch 32 Unternehmen aus acht Wirtschaftsbereichen, die sich für einen nationalen Weg aussprachen. Zudem hat der Verband der Sozial- und Solidarwirtschaft (Uless) das entsprechende „Business Statement“ mitunterzeichnet.

Darin heißt es – durchaus eigennützig –, eine klare nationale Gesetzgebung biete den Betrieben nicht nur mehr Rechtssicherheit, sondern schaffe auch gerechte Konkurrenzbedingungen. Das von der Regierung gern zitierte Argument des „level playing field“, wenn es darum geht, auf die „unfaire“ internationale Konkurrenz zu verweisen und so nationale Gesetzgebungen nicht zu schnell (oder erst am Sankt Nimmerleinstag) zu verabschieden, kann aus Sicht der unterzeichnenden Unternehmen, also durchaus umgekehrt eingesetzt werden: je schneller, desto besser.

SHORT NEWS

Valentinstag + 1 = Overshoot Day

(lm) – Derzeit verbraucht die Menschheit die natürlichen Ressourcen schneller, als sich diese regenerieren können. Veranschaulicht wird dies mit dem Overshoot Day – dem Tag im Jahr, an dem man die jährlichen Ressourcen verbraucht hat und sozusagen auf Pump lebt. Für die Menschheit insgesamt fällt dieser Tag in die Sommermonate, doch Luxemburg ist „fleißiger“ und hat dieses Jahr schon am 15. Februar seinen Jahresanteil an natürlichen Ressourcen aufgebraucht. „Lëtzebuerg ass Top ... Pollueur an Europa“, hält denn auch ein Flyer von Extinction Rebellion Luxembourg fest, der Anfang nächster Woche bei Sensibilisierungsaktionen verbreitet wird. Auf dem Flyer sind auch die Overshoot Days anderer Länder eingetragen; nur Katar hat es geschafft, das Großherzogtum zu überholen. Das Ranking beruht auf dem ökologischen Fußabdruck, dessen Aussagekraft der Conseil supérieur pour un développement durable vergangenes Jahr in Frage gestellt hatte – mit allerdings zweifelhaften Argumenten (woxx.eu/foot20). Extinction Rebellion dagegen versucht nicht, Luxemburgs Fußabdruck schönzureden, sondern fordert, endlich Ernst zu machen mit dem ökologischen Umbau: „Schluss mit Alibi-Aktionen, Schluss mit dem Leben auf Pump, so als könnten wir jedes Jahr mehrere Welten verpressen!“

Frauenstreik am 8. März

(ja) – Nach dem erfolgreichen Aktionstag mit großer Demonstration im Vorjahr ruft die Plattform Jif auch 2021 zum Frauenstreik am 8. März auf. Auch diesmal ist die gerechte Aufteilung der Care-Arbeit die Hauptforderung des Streiks. „Frauen sind an vorderster Front, sie arbeiten ohne Unterlass für das Wohlergehen und die Gesundheit aller. Sie müssen durch starke politische Aktionen endlich Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit bekommen“, so die Jif in ihrem Forderungspapier. Die systemrelevante Arbeit solle nicht nur mit Applaus belohnt werden, sondern durch reales, politisches Handeln. Vier konkrete politische Forderungen hat die Plattform dafür formuliert: Arbeitszeitverkürzung, sowohl für entlohnte als auch für unbezahlte Arbeit, Lohngleichheit, einen verlängerten „Eltrecongé“, der für alle Geschlechter offen ist und den „Pappecongé“ ersetzen soll, sowie den Zugang zu bezahlbaren Wohnungen für alle. Der Frauenstreik findet am internationalen Frauentag, dem 8. März, statt. Treffpunkt für die Demonstration ist um 17 Uhr am hauptstädtischen Bahnhof. Weitere Informationen finden sich auf fraestreik.lu

online

Esch, OpenLux und Verschwörungen

Neben der Printausgabe publizieren wir regelmäßig neue Artikel auf woxx.lu, hier einige Highlights dieser Woche: En plus de notre édition hebdomadaire sur papier, nous publions chaque jour des articles sur woxx.lu. Par exemple :

Wie die ADR gefährliche Verschwörungsmythen verbreitet In einer parlamentarischen Anfrage bediente sich der ADR-Abgeordnete Jeff Engelen Argumente aus dem Verschwörungsmillieu. Die wurden in ihrer Antwort gründlich von Gesundheitsministerin Paulette Lenert zerlegt. woxx.eu/adrpcr
Registre de commerce : Open Bar L'enquête internationale OpenLux, menée par « Le Monde » et l'OCRP a analysé quatre millions de documents du registre de commerce et du registre des bénéficiaires effectifs luxembourgeois. Et démontre l'opacité persistante de la place financière. woxx.eu/openbar

Esch 2022 : Non, les agences luxembourgeoises ne sont pas exclues Notre dernier article sur la communication d'Esch 2022 a provoqué une série de réactions en chaîne – mais avec un happy end pour tout le monde. woxx.eu/e22happy

#OpenLux : Hearts and Minds Même avant que les enquêtes soient publiées, le gouvernement a pris les devants contre #OpenLux – en s'appropriant le hashtag, le domaine et en utilisant les questions des journalistes comme FAQ. woxx.eu/hearts